

SALZGITTER: MACH'S GRÜN



Grünes

Wahlprogramm

zur Kommunalwahl 2026

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger in Salzgitter,

unsere Stadt steht in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen und vor ebenso großen Chancen, die zügige Veränderungen und konsequentes Handeln erfordern. Wir wollen einen Beitrag zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen leisten und setzen uns für sozialgerechten Klima- und Umweltschutz, starke demokratische Beteiligung und eine solidarische Stadtgesellschaft ein. Mit transparentem Handeln und dem Mut zur Veränderung gestalten wir Salzgitter gemeinsam nachhaltig, sozial und ökologisch für heutige und kommende Generationen.



Unsere Ziele:

- **Klima & Umwelt** - Salzgitter grüner machen
- **Schacht Konrad** - Nein, danke!
- **Mobilität** - Verkehrspolitik für alle
- **Wirtschaft und Arbeit** - Das Fundament für eine zukunftsfähige Stadtentwicklung
- **Bildung** - Gleiche Chancen für alle
- **Kindergärten** - Die Kleinsten groß machen
- **Schulen** - Wohlfühlorte für Schülerschaft und Unterrichtende
- **Jugend** - Braucht Freiräume und Perspektiven.
- **Soziales** - Mit Beratung fängt es an
- **Armutsbekämpfung** - Beginnt mit Würde und Perspektiven.
- **Integration** - Durch Sprache, Bildung und Arbeit
- **Queerpolitik** - Salzgitter ist vielfältig
- **Wohnen** - Ein Grundbedürfnis muss bezahlbar bleiben
- **Stadtentwicklung** - Klimafreundlich für mehr Lebensqualität
- **Bürgerbeteiligung** - Wir schaffen den Rahmen für eine lebendige Demokratie
- **Verwaltung** - So bürgerfreundlich wie möglich
- **Kommunalfinanzen** - Klarer Kurs beim Schuldenabbau
- **Sicherheit** - Die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben
- **Krisenvorsorge** - Alle wichtigen Informationen aus einer Hand
- **Ehrenamt & Vereine** - Ohne Euch geht es nicht
- **Unsere Kandidatinnen und Kandidaten**

Klima & Umwelt - Salzgitter grüner machen

Wir setzen uns dafür ein, dass Salzgitter ein verbindliches Klimaschutzkonzept erstellt und bis 2040 vollständig klimaneutral wird. Die bereits eingetretenen Folgen des Klimawandels verlangen sofortige Maßnahmen. Besonders in den Kommunen braucht es ambitioniertes Handeln für mehr Klimaneutralität. Dafür sollen alle kommunalen Gebäude bis 2035 energetisch saniert werden. Bei Neubau- und Sanierungsprojekten städtischer Gebäude muss eine Solaranlage mit eingeplant und errichtet werden. Zusätzlich setzen wir in Salzgitter auf das Prinzip der Schwammstadt mit Errichtung von Regenrückhaltebecken und Wasserspeichern, gezielter Entsiegelung und Versickerung von Regenwasser.

Zudem setzen wir auf konsequente Stadtbegrünung durch klimaresistente Bäume, die Schaffung von mehr Grünflächen und Begrünung von Fassaden und Dächern. Auf allen städtischen Grünstreifen sind Wildblumenwiesen anzulegen. Weiterhin fordern wir die Wiederherstellung von Ufervegetationen und die Renaturierung unserer Gewässer. Damit stärken wir natürliche Lebensräume in Salzgitter und fördern gezielt den Insekten- und Vogelschutz.

Transparenz ist die Basis für Vertrauen, deshalb verlangen wir, dass die Stadt jedes Jahr einen leicht verständlichen Klimabericht erstellt, der Emissionen, Maßnahmen und Ergebnisse klar aufzeigt sowie Hinweise und Verbesserungsvorschläge enthält. Der Bericht muss öffentlich zugänglich sein und Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit für Rückmeldungen geben.

Wir wollen den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt eine Beteiligung an einem kommunalen Wärmenetz ermöglichen. Bei der Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen kommunalen Wärmeplanung wollen wir erreichen, dass die Versorgung über Fern- oder Nahwärme nicht privatisiert wird, sondern von einem nicht gewinnorientierten städtischen oder genossenschaftlich organisierten Betreiber angeboten wird. Die Verwaltung soll proaktiv bei der weiteren Entwicklung der Gas- und Fernwärmeversorgung vorgehen, um im Zusammenspiel mit den Energieversorgern Bezahlbarkeit und Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger sicherzustellen.

Wir setzen uns für den Erlass einer Baumschutzsatzung ein. Diese muss für die Flächen in bebauten Gebieten klare Regeln für Erhalt und Schutz der Bäume enthalten und bei Baumfällungen Ersatzbepflanzungen festlegen. Wir brauchen eine nachhaltige Landwirtschaft und die Vermarktung regionaler Produkte. Dafür soll der Einsatz von Bioziden auf allen von der Stadt verpachteten Ackerflächen beendet und der Übergang zu Bio-Landwirtschaft bis 2028 gefördert werden. Weiterhin wollen wir durch unser Konzept der Stadt-App (siehe Seite x) Angebote wie Hofläden und Kartoffelkisten stärken.



Schacht Konrad - Nein, danke!

Wir lehnen die Einlagerung von radioaktivem Müll unter den aktuellen Voraussetzungen entschieden und unmissverständlich ab! Der Schutz von Mensch und Umwelt, insbesondere auch unseres Trinkwassers, hat für uns oberste Priorität. Die Stadt muss dabei eine aktive Rolle übernehmen und die Bevölkerung transparent, verständlich und kontinuierlich informieren.

Gleichzeitig schöpfen wir alle rechtlichen Möglichkeiten aus und werden die wichtige und langjährige Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad fortsetzen.

Für den Fall der Nichteinlagerung muss ein Nachnutzungskonzept für die Schachtanlage aufgestellt werden, zum Beispiel zur Erzeugung von Geothermie oder Einrichtung eines Gravitationskraftwerkes.



Mobilität - Verkehrspolitik für alle

Wir setzen auf alles, was eine lebenswerte Gemeinde- und Stadtplanung ausmacht: auf sichere und möglichst kurze Wege, auf Bewegungs- und Begegnungsräume, einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, ein sicheres Radwegenetz und Gehwege, auf denen auch ein Rollstuhl oder ein Kinderwagen genug Platz haben. Dafür wollen wir ein strategisches Konzept zur langfristigen Gestaltung des Verkehrs, den "MasterplanMobilität", erneuern! Dies werden wir in öffentlichen Workshops unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger tun. Wir fordern kostenlosen Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) für Kinder, Jugendliche, Auszubildende, Freiwilligendienstleistende und Studierende. Das spart Familien Geld, reduziert CO₂-Emissionen und macht Bildung und Freizeit für alle erreichbar.

Wir setzen uns für den Erhalt und Ausbau der Regiobuslinien und die Anschaffung von E-Bussen ein. Eine Ausweitung der Flexo-Busse, die auf Abruf fahren, soll zur besseren Anbindung der dörflichen Ortsteile an den ÖPNV erfolgen.

Der Ausbau der Ladeinfrastruktur für E-Autos muss vorangetrieben werden - insbesondere auf städtischen Liegenschaften, aber auch - in enger Abstimmung - beim örtlichen Einzelhandel und auf dem Gelände von Unternehmen und Gastronomiebetrieben.



Auf diese Weise wird das Laden des E-Autos auch für Menschen ohne eigene Ladesäule möglich. Gemeinsam mit der städtischen Wohnungsbaugesellschaft werden wir ein Modellprojekt starten, das den Einbau von Wallboxen in Mehrfamilienhäusern finanziell unterstützt.

Wir fordern den Ausbau eines durchgängigen Radwegenetzes und werden die Investitionen in den Erhalt und den Ausbau von Radwegen deutlich erhöhen. Zum Beispiel wollen wir Alltagsradwege abseits von Straßen beleuchten und Abstellmöglichkeiten für Fahrräder an stark frequentierten Orten und Haltestellen ausbauen.

An viel befahrenen Straßen mit mehr als 30 km/h wollen wir einen separat geführten Fahrradweg oder einen ausreichend breiten Fahrradstreifen realisieren. Weitergehend wollen wir die Ausweitung von Tempo-30-Zonen auf die Innenstadtbereiche prüfen. Wir planen, temporäre Spielstraßen und feste Fahrradstraßen vor jeder Bildungseinrichtung einzurichten, die den Weg zur Schule sicherer machen.

Wir wollen ein städtisches Leihfahrrad-System einführen, das vor allem Jugendlichen, Studierenden und Menschen ohne eigenes Fahrrad kurzfristige und flexible Mobilität ermöglicht. So schaffen wir eine umweltfreundliche, kostengünstige Alternative für den Weg zur Schule, Ausbildungsstätte oder Freizeiteinrichtung und fördern gleichzeitig eigenständige Mobilität und Teilhabe.



Wirtschaft und Arbeit - Das Fundament für eine lebenswerte Stadt

Eine starke Wirtschaft ist das Rückgrat unserer Stadt.

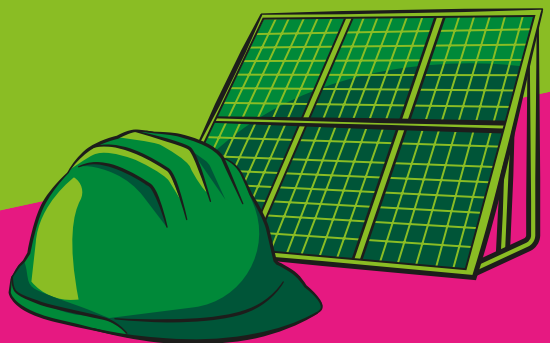
Wir setzen uns für ein faires, grünes und innovationsstarkes Wirtschaftsumfeld ein. Ziel unserer kommunalen Wirtschaftspolitik ist die Sicherung und Verbesserung des regionalen Arbeitsplatzangebotes durch eine aktive Begleitung des Strukturwandels. Zum Beispiel geschieht dies durch die Förderung neuer Branchen, um die Krisenfestigkeit unserer örtlichen Wirtschaft zu erhöhen und die Finanzkraft unserer Stadt zu sichern. Eine zukunftsorientierte kommunale Wirtschaftspolitik schafft nicht nur Arbeitsplätze, sondern stärkt auch den sozialen Zusammenhalt und macht Salzgitter zukunftsfähig. Wir fordern eine kommunale Grundstücks- und Mietpolitik, die kleinen und mittleren Unternehmen bezahlbare Flächen sichert. Durch Einwerbung von Fördermitteln und gezielte Boden- und Bauzuschüsse sollen Betriebe ihre Produktion modernisieren und klimafreundlich ausbauen können. Wir schaffen kostenfreie Gründerzentren - zum Beispiel in leerstehenden Hallen - und bieten Start-ups flexible Arbeitsräume mit guter Anbindung. Zusätzlich etablieren wir ein Mentoring-Programm, das junge Unternehmen mit erfahrenen Unternehmerinnen und Unternehmern vernetzt. Unser innerstädtischer Einzelhandel soll durch eine stärker gemischte Nutzung und Erhöhung der Aufenthaltsqualität vor Ort belebt werden. Dazu können beispielsweise auch Unverpackt-Läden, Repair-Cafés und Fahrrad-Reparaturwerkstätten gehören. Wir streben eine nachhaltige und regionale Kreislaufwirtschaft an.

Öffentliche Vergaben und Aufträge sollen im Einklang mit dem Vergaberecht prioritär an örtliche Unternehmen erteilt werden. So bleiben Arbeitsplätze in der Region erhalten. Dabei arbeiten Unternehmen und Verwaltung zusammen, um Produkte und Materialien so lange wie möglich im Wirtschaftskreislauf zu halten. Wir etablieren ein städtisches Fördermittel-Management, das Unternehmen und Betriebe bei der Beantragung von Zuschüssen und Fördermitteln aus EU-, Bundes- und Landesprogrammen unterstützt.

Nach dem in vielen Kommunen erprobten Modell der Stadt-App führen wir eine Salzgitter-App ein. In dieser werden lokale Angebote vorgestellt: von Waren über Dienstleistungen bis hin zu Unterstützungsmöglichkeiten, z.B. beim Marketing. Durch die Sichtbarkeit in der Salzgitter-App stärken wir insbesondere kleine Unternehmen, ländliche Betriebe und Ehrenamtliche in der Region.

Wir fordern, dass ein verbindliches Qualifizierungsnetzwerk zwischen Stadt, Jobcenter, Betrieben und Kammern eingerichtet wird. Dieses soll die vorhandenen Qualifizierungsangebote koordinieren. Durch regelmäßige Bedarfsanalysen schaffen wir passgenaue Weiterbildungen, die den lokalen Arbeitsmarkt stärken. Außerdem bringen wir die Ausbildungsmesse zurück!

Der von den Grünen mitinitiierte Wasserstoff Campus Salzgitter als Transformationsmotor für Forschung, Entwicklung und industrielle Anwendung von Wasserstofftechnologien wird von uns nachhaltig unterstützt und gefördert. Wir wollen dafür sorgen, dass die Stadt als Arbeitgeberin und Auftragnehmerin ihrer sozialen Verantwortung gerecht wird. Städtische Aufträge dürfen nur noch an Unternehmen vergeben werden, die mindestens Tariflohn zahlen.



Bildung - Gleiche Chancen für alle

Bildung ist die wichtigste Investition in die Zukunft unserer Stadt. Sie steht im Zentrum unseres politischen Handelns - von der Kita über die Schule bis hin zur Jugend- und Sozialarbeit.

Wer Chancengleichheit will, muss früh ansetzen. Besonders Investitionen in die frühkindliche Bildung zahlen sich aus: Kinder starten besser ins Leben, Familien werden entlastet, und die sozialen Folgekosten werden deutlich reduziert.

Bildung ist die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Jeder Mensch hat ein Recht darauf, dass ihm optimale Bildungschancen offen stehen.

Die Stadt als Schulträger steht in der Verantwortung für die räumliche Ausstattung, für ein gutes Kita- und Krippenangebot, für strategische Schulentwicklungsplanung und für die Bildungsberatung. Ein wohnortnahes Angebot an Sprachlernklassen soll an allen Schulformen gefördert werden. Das Angebot unserer Städtischen Volkshochschule (VHS) ist bedarfsgerecht auszubauen und die Dozentinnen und Dozenten sind besser zu bezahlen. Wir wollen vermehrt Fördergelder für Demokratieprojekte einwerben.

Wir schaffen vielfältige Lernorte, die über den klassischen Unterricht hinausgehen. Dazu gehören Schulgärten, Bibliotheken, digitale Lernräume und außerschulische Lernorte in der Stadt, zum Beispiel Makerspaces, also offene Lernräume, um kreative Ideen umzusetzen. So können Kinder und Jugendliche selbstständig entdecken, experimentieren und sich entfalten. Alle Lernorte sollen wohnortnah, inklusiv und gut zugänglich gestaltet werden, um Chancengerechtigkeit und individuelle Förderung zu gewährleisten.

Kindergärten - Die Kleinsten groß machen

Wir wollen eine hochwertige und verlässliche Kinderbetreuung für alle Familien sicherstellen. Sie bildet die Grundlage für gerechte Bildungschancen und ist eine der wirksamsten sozialen Investitionen.

Mit einer einkommensabhängigen Beitragsstaffelung entlasten wir besonders Familien mit geringem Einkommen, ohne die Finanzierbarkeit des Gesamtsystems zu gefährden. So wird Betreuung fair und sozial gerecht gestaltet.

Darüber hinaus planen wir die Einführung von zwei Ganztagskitas mit 24-Stunden-Betreuung, um Eltern im Schichtbetrieb, Alleinerziehende und Familien mit besonderen Betreuungsbedarfen zu unterstützen und eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen. Damit schaffen wir Chancengleichheit von Anfang an und stärken die Basis für eine zukunftsfähige Stadtgesellschaft.



Schulen - Wohlfühlorte für Schülerschaft und Unterrichtende

Wir wollen Gebäude und Pausenhöfe so gestalten, dass Schulen zu den attraktivsten Orten in der Stadt werden.

Schulen sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern auch Lebensraum für Kinder und Jugendliche sowie Arbeitsplätze für Lehrerinnen und Lehrer . Sie sollen Bewegung, Begegnung und Erholung ermöglichen und fördern. Deshalb setzen wir uns für grüne und barrierefreie Pausenhöfe ein. Bis 2027 soll jeder Schulhof mit naturnahen Sitzinseln, inklusiven Spielgeräten und Schattenplätzen ausgestattet werden. Einfach umzusetzende Maßnahmen wie Schulgärten und Kunstprojekte aus der lokalen Gemeinschaft sollen ebenfalls eingebunden werden.

Wir streben ein Projekt „Demokratie leben“ an, das sich direkt an junge Menschen und Schülerinnen und Schüler richtet. In diesem sollen anhand von Workshops, Planspielen und Exkursionen Kenntnisse des politischen Alltags sowie der Demokratie vermittelt werden. Zur Durchführung setzen wir auf Kooperationen mit den Schulen und der VHS.

Wir stärken die Schülervertretungen durch einen neuen Mitbestimmungsplan: Jede Schülervertretung erhält dabei größere Unterstützung und mehr Mittel seitens des Schulträgers für ihre inner- und außerschulische Arbeit. Durch regelmäßige offene Foren sollen alle Schülerinnen und Schüler ihre Ideen direkt an die Politik herantragen können: transparent, schnell und inklusiv.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass der ab diesem Sommer (2026) geltende Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter tatsächlich eingelöst werden kann. Dafür setzen wir in erster Linie auf einen gebundenen Ganztagsunterricht in dafür ausgestatteten Grundschulen - dazu gehören unter anderem Räumlichkeiten, in denen Schülerinnen und Schüler ein gesundes Mittagessen einnehmen und sich während der Mittagspause aufhalten können. Weiterhin setzen wir auf einen Ausbau der Schulsozialarbeit. Diese ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Schulen, denn Bildung und soziale Unterstützung gehören zusammen. Unsere berufsbildenden Schulen sollen baulich und vor allem technisch so ausgestattet werden, dass sie den jeweils aktuellen Anforderungen gerecht werden.

Wir wollen eine flächendeckende Ausstattung mit modernen Endgeräten und schnellen Breitbandanschlüssen in allen Schulen Salzgiters. Zu viele Klassen arbeiten noch mit veralteten Geräten und unzuverlässigem Internet.



Jugend - Braucht Freiräume und Perspektiven.

Jugendliche brauchen Freiräume, attraktive Angebote und Mitsprache- und Mitgestaltungsrechte.

In Salzgitter fehlt dennoch die Infrastruktur, die jungen Menschen echte Teilhabe ermöglicht. Wir werden das ändern: Viele junge Menschen haben keinen Ort, an dem sie sich austauschen und kreativ sein können.

Wir wollen Jugendräume wie die Veränder.bar in Wolfenbüttel nach Salzgitter holen und zwar von den Jugendlichen selbst verwaltet. In diesen Räumen dürfen sie Veranstaltungen planen, Gaming-Abende organisieren und eigene Projekte starten. Wir stellen vier solcher Räumlichkeiten zur Verfügung, die wir gemeinsam mit den Jugendvertretungen ausstatten und betreiben wollen.

Gemeinsam schaffen wir eine Stadt, in der die Jugend gehört und ernstgenommen wird. Wir packen diese Aufgabe jetzt an - für ein lebendiges, gerechtes und zukunftsfähiges Salzgitter. Wir fordern Rede- und Antragsrecht für das Jugendparlament in allen Ortsräten, dem Stadtrat und dessen Ausschüssen. Ein Jugendparlament mit vielen Kompetenzen sorgt dafür, dass die Perspektiven junger Menschen frühzeitig in politische Entscheidungen einfließen.

Wir bauen das Angebot an öffentlichen Sportanlagen und Spielplätzen aus. Im Bereich der Spielplätze setzen wir uns für inklusive Spielgeräte ein, die für alle unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten geeignet sind.

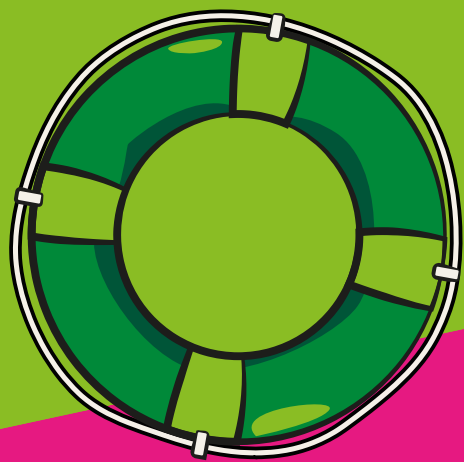
Soziales - Mit Beratung fängt es an

Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen Beratungsstellen für in Not geratene Menschen aufbauen. Dazu gehören vor allem Arbeitslosen-, Schulden- und Suchtberatung.

Soziale Unterstützung muss niedrigschwellig, verlässlich und gut erreichbar sein. Schulpädagogische und schulpsychologische Angebote, unabhängige Beratungsstellen und Notfallsprechstunden wollen wir ausbauen und stärken.

Wir wollen Stadtteile entwickeln, die soziale Arbeit, Jugendarbeit, Streetwork, Bildung und Teilhabe zusammenführen und Ausgrenzung verhindern. Dies gilt besonders für strukturell benachteiligte Stadtteile. Gemeinwesenarbeit, Nachbarschafts- und Familienzentren bilden das Rückgrat sozialer Integration.

Zivilgesellschaftliche Begegnungsorte - Bürgerhäuser, interkulturelle Zentren, nichtkommerzielle Stadtteil- und Generationentreffs - sollen eingerichtet und angeboten werden. In Salzgitter-Lebenstedt soll ein Mehrgenerationenhaus entstehen und das Frauenhaus ausgebaut werden. Die medizinische Versorgung wollen wir durch Erweiterung der Ansiedlungsförderung für Haus- und Fachärzte verbessern.



Armutsbekämpfung - Beginnt mit Würde und Perspektiven.

Wir wollen Mobil-Ticket, Ehrenamtskarte und Sozialticket zu einem Bürgerpass zusammenführen, der als einheitliches System die Vergünstigungen für alle Bedürftigen bündelt.

Wir wollen Notunterkünfte so einrichten, ausstatten und betreiben, dass Obdachlosen eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet und die Rückkehr in ein würdevolles Leben in unserer Gesellschaft ermöglicht wird.

Lebensmittelverschwendung ist ein ökologisches, soziales und wirtschaftliches Problem, dem wir auf kommunaler Ebene begegnen wollen. Daher setzen wir uns für den Aufbau eines Netzes öffentlich zugänglicher, offener Kühlschränke in Salzgitter ein. Diese sollen an gut erreichbaren Orten wie Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs oder in sozialen Einrichtungen aufgestellt werden, in denen überschüssige und noch genießbare Lebensmittel abgegeben werden können.

Wir werden uns weiter für die Sicherstellung und den Erhalt der Tafel in Salzgitter einsetzen.



Integration - Durch Sprache, Bildung und Arbeit

Wir wollen in enger Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Institutionen Beratungsstellen für in Not geratene Menschen aufbauen. Dazu gehören vor allem Arbeitslosen-, Schulden- und Suchtberatung.

Soziale Unterstützung muss niedrigschwellig, verlässlich und gut erreichbar sein. Schulpädagogische und schulpsychologische Angebote, unabhängige Beratungsstellen und Notfallsprechstunden wollen wir ausbauen und stärken.

Wir wollen Stadtteile entwickeln, die soziale Arbeit, Jugendarbeit, Streetwork, Bildung und Teilhabe zusammenführen und Ausgrenzung verhindern. Dies gilt besonders für strukturell benachteiligte Stadtteile. Gemeinwesenarbeit, Nachbarschafts- und Familienzentren bilden das Rückgrat sozialer Integration.

Zivilgesellschaftliche Begegnungsorte - Bürgerhäuser, interkulturelle Zentren, nichtkommerzielle Stadtteil- und Generationentreffs - sollen eingerichtet und angeboten werden. In Salzgitter-Lebenstedt soll ein Mehrgenerationenhaus entstehen und das Frauenhaus ausgebaut werden. Die medizinische Versorgung wollen wir durch Erweiterung der Ansiedlungsförderung für Haus- und Fachärzte verbessern.



Queerpolitik - Salzgitter ist vielfältig

Wir setzen uns für eine Kommunalpolitik ein, die queere Menschen schützt, unterstützt und sichtbar macht. Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten sind selbstverständlicher Teil unserer Stadtgesellschaft.

Wir wollen niedrigschwellige, diskriminierungssensible Beratungsangebote für queere Menschen in Salzgitter ausbauen und langfristig absichern. Dazu gehören die Unterstützung bestehender Beratungsstrukturen und Initiativen, der Aufbau einer lokalen oder regionalen Anlaufstelle für LSBTIQ*-Personen, Beratungsangebote für Angehörige und Familien sowie die Kooperation mit Fachberatungsstellen in Niedersachsen. Ziel ist es, sichere Räume zu schaffen, in denen queere Menschen Unterstützung, Orientierung und Begleitung finden.

Schulen müssen sichere Orte für alle Kinder und Jugendlichen sein. Queere junge Menschen sind überdurchschnittlich häufig von Mobbing, Ausgrenzung und psychischer Belastung betroffen. Wir setzen uns ein für den bedarfsgerechten Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Schulformen, spezialisierte Fortbildungen zu sexueller und geschlechtlicher Vielfalt, Präventionsarbeit gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit und die enge Zusammenarbeit mit außerschulischen Trägern. Schulsozialarbeit soll aktiv zur Akzeptanz von Vielfalt beitragen und frühzeitig unterstützen.



Wir wollen die schrittweise Einführung genderneutraler Toiletten und Umkleiden an Schulen in Salzgitter ermöglichen. Das bedeutet die Prüfung aller Schulstandorte auf Umsetzbarkeit, unbürokratische Lösungen bei Neubauten und Sanierungen und die Wahrung der Privatsphäre aller Schülerinnen und Schüler. Ziel ist es, Diskriminierung abzubauen und allen Kindern und Jugendlichen einen sicheren Schulalltag zu ermöglichen.

Eine moderne Stadtverwaltung muss diversitätskompetent handeln.

Wir streben die Entwicklung diskriminierungssensibler Verwaltungsprozesse an, um sicherzustellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger respektvoll und kompetent behandelt werden. Wir fordern die verbindliche Benennung von Ansprechpersonen für LSBTIQ*-Belange sowie eine Ergänzung aller Formulare um weitere inklusive Geschlechtsoptionen, mindestens aber um Divers. Mit regelmäßigen Weiter- und Fortbildungsangeboten wollen wir Mitarbeitende der Stadtverwaltung für geschlechtliche Vielfalt und Antidiskriminierung sensibilisieren.

Salzgitter soll ein Ort sein, an dem Menschen ohne Angst leben können – unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Queerfeindliche Gewalt darf nicht unsichtbar bleiben.

Wir setzen uns ein für den Aufbau eines kommunalen Monitorings zu queerfeindlichen Vorfällen, eine enge Zusammenarbeit mit Polizei, Beratungsstellen und Zivilgesellschaft, eine transparente Berichterstattung im zuständigen Ausschuss und die Entwicklung und Anwendung gezielter Präventionsmaßnahmen.



Wohnen - Ein Grundbedürfnis muss bezahlbar bleiben

Wir wollen unseren Bürgerinnen und Bürgern günstigen Wohnraum zur Verfügung stellen und dabei gleichzeitig sorgsam mit Grund und Boden umgehen. Deshalb hat für uns die Innenentwicklung absoluten Vorrang vor der Ausweisung neuer Wohnbauflächen im Außenbereich.

Um zusätzlichen Wohnungsbedarf innerhalb der bebauten Bereiche zu realisieren, sollen anhand des Baulücken- und Leerstandskatasters die Baulücken, Brachen und Flächen erfasst werden, deren bisherige Nutzung in naher Zukunft voraussichtlich aufgegeben wird.

Änderungen der Bebauungspläne wollen wir entsprechend der neuen gesetzlichen Möglichkeiten in enger Abstimmung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern durchführen. Baugebiete sollen flächensparend und in ökologischer sowie in mehrgeschossiger Bauweise entwickelt werden. Eingriffe in den Naturhaushalt müssen vollständig kompensiert werden.



Stadtentwicklung - Klimafreundlich für mehr Lebensqualität

Eine altersgerechte Quartiersentwicklung, der Aufbau von Bildungslandschaften und Gesundheitsförderung müssen integrale Bestandteile der Stadtentwicklung werden. Stadtentwicklung heißt, die soziale Arbeit, Jugendarbeit, Bildung, Teilhabe und Stadtplanung zusammenzudenken. Gemeinwesenarbeit, Nachbarschafts- und Familienzentren bilden das Rückgrat sozialer Integration. Zivilgesellschaftliche Begegnungsorte - Dorfgemeinschaftshäuser, interkulturelle Zentren und nichtkommerzielle Treffpunkte - sollen auf- und ausgebaut werden.

Was Wohnraum ist, muss Wohnraum bleiben. Wir wollen der Umwidmung von Wohnraum in Ferienwohnungen oder gewerbliche Nutzung durch eine Zweckentfremdungssatzung entgegenwirken. In der denkmalgeschützten Ost- und Westsiedlung in Salzgitter-Bad sollen die von der Stadt und einem privaten Investor begonnenen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Interesse einer positiven Weiterentwicklung gefördert und mit finanzieller Unterstützung des Landes fortgeführt und erweitert werden. Für das Gebiet Sonnenberg in Salzgitter-Gebhardshagen wird eine Aufnahme in ein Förderprogramm vorbereitet und beantragt. In Lebenstedt werden die Sanierungsgebiete Seevierteil, Swindonstraße und Kampfstraße sowie in Steterburg das Projekt „Sozialer Zusammenhalt“ fortgeführt. Bei der anstehenden Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) legen wir besonderen Wert auf die Bereiche Wohnen, Städtebau, kommunale Infrastruktur und Attraktivität des öffentlichen Raumes.

Weitere Schwerpunktthemen sind für uns die Begleitung des Strukturwandels des Industriestandortes sowie die Grün- und Freiraumentwicklung, insbesondere mit Blick auf notwendige Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung.

Bürgerbeteiligung - Wir schaffen den Rahmen für eine lebendige Demokratie

Wir brauchen Leitlinien und ein Grundsatzkonzept für echte Bürgerbeteiligung und mehr Transparenz bei Entscheidungen.

Bürgerbeteiligung ist wichtiger denn je. Es ist ein unverzichtbares Element zur Stärkung der Demokratie. Wir fordern mehr direkte Demokratie vor Ort.

Insbesondere bei Stadtteilentwicklungsprojekten ist die Bewohnerschaft die wichtigste Betroffenenengruppe. Es wird Zeit für die Entwicklung einer anderen Kultur des Miteinanders und der Kommunikation zwischen Verwaltung und Bürgern.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen an Planungen und Entscheidungen stärker beteiligt und frühzeitig eingebunden werden.

Die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger – insbesondere der Betroffenen und Anlieger – an städtebaulichen Planungen soll sich nicht nur auf den gesetzlich vorgeschriebenen Mindestumfang beschränken. Vielmehr wollen wir eine echte Mitbestimmung grundsätzlich in Form von frühzeitigen Bürgerversammlungen und Diskussionsveranstaltungen, öffentlichen Planungsforen, Arbeitskreisen und Betroffenen beiräten ermöglichen. Auf diese Weise werden die Transparenz und Akzeptanz von Planungen in der Öffentlichkeit gesteigert sowie Zeit und Kosten gespart. Durch Präsentationen vor Ort, Befragungen zu konkreten Maßnahmen, regelmäßigen Darstellungen in frei zugänglichen Plattformen und Medien wird Mitsprache realisiert. Wir werden Bürgerbegehren und Bürgerentscheide fördern und respektieren. Kommunalpolitik und Rathausgeschehen müssen öffentlicher werden. Beratungen und Sitzungen der zuständigen Gremien sollen grundsätzlich öffentlich erfolgen. Eine Verlagerung in nichtöffentliche Gremien (Aufsichtsräte, Arbeitsgruppen etc.) soll möglichst vermieden werden. Die Übertragung der Entscheidungsbefugnisse auf die Ausschüsse ist zu prüfen, um eine größere Transparenz für Entscheidungen zu schaffen. Der Beginn der öffentlichen Sitzungen soll bürgerfreundlich sein und außerhalb der üblichen Arbeits- und Berufszeiten liegen (ab 17 Uhr).



Verwaltung -

So bürgerfreundlich wie möglich

Die Stadtverwaltung muss serviceorientierte Dienstleisterin und Partnerin der Bürgerinnen und Bürger sein. Deshalb soll der bestehende Internetauftritt auf der Grundlage einer einheitlichen Digitalisierungsstrategie zu einem umfassenden Informations- und Kommunikationskonzept entwickelt werden, das einen einfach zu navigierenden zentralen Zugang zu den digitalen Bürgerservices schafft.

Wir wollen so weit wie möglich immer mehr Verwaltungsdienstleistungen auch online anbieten, um Anträge und Behördengänge papierlos digital erledigen zu können. Dabei streben wir keine Insellösung nur für Salzgitter an, sondern Lösungen, die landes- und bundesweit kompatibel sind, um Daten nicht ständig neu erfassen zu müssen und Austausch zwischen Behörden zu erleichtern.

In öffentlichen Gebäuden und Begegnungsstätten soll ein kostenloses WLAN eingerichtet werden. Wir wollen die einheitliche Behördennummer 115 auch in Salzgitter einführen. Die 115 ist der direkte Draht zur Verwaltung – schnell, unkompliziert und bürgernah. Wer eine Frage zu Zuständigkeiten, Anträgen oder Verfahren hat, soll nicht lange suchen müssen, sondern verlässlich Auskunft erhalten. Mit der 115 schaffen wir einen zentralen Zugang zu städtischen Dienstleistungen, verkürzen Wege und stärken den Servicegedanken unserer Verwaltung. So wird Verwaltung einfacher, transparenter und bürgerfreundlicher.

Kommunalfinanzen - Klarer Kurs beim Schuldenabbau

Wir streben an, die gegenwärtig bestehende hohe Verschuldung unserer Stadt kontinuierlich und nachhaltig abzubauen.

Unsere Partei wird sich mit allen Mitteln und auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass der Bund die Kommunen unterstützt und Salzgitter von den aktuell bestehenden Altschulden entlastet. Zudem sind alle kostenintensiven Maßnahmen und Investitionen auf Erforderlichkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen und Kostensteigerungen durch ein umfassendes und effektives Investitions- und Kostencontrolling zu vermeiden. Ein Verzicht auf satzungsgemäße Einnahmen aus Beiträgen und Gebühren widerspricht dem Ziel der Haushaltskonsolidierung.

Wir werden die Möglichkeiten prüfen, durch die Erhebung einer Verpackungssteuer und die ausstehende Anpassung der Grundsteuer eine Erhöhung der Einnahmen zu erzielen. Wir wollen weiterhin die Voraussetzungen schaffen, angesichts der offenen Hauptforderungen unserer Stadt gegen Außenstehende in Höhe von rund 20 Millionen Euro eine deutliche Erhöhung der Eintreibung und Begleichung der Schulden und Rechnungen zu erreichen.

Die städtischen Beteiligungsunternehmen, wie beispielsweise die Wirtschafts- und Innovationsförderung Salzgitter GmbH (WIS), die Wohnbau und die Versorgungs- und Verkehrsbetrieben (VVS) werden stärker zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes und der Sicherung der langfristigen finanziellen Handlungsfähigkeit der Stadt Salzgitter herangezogen.



Sicherheit – Die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben

Der öffentliche Raum trägt maßgeblich zur Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner bei. Wir werden zusätzliche Maßnahmen einleiten, wie die Beleuchtung von Parks, Wegen und Bushaltestellen, den barrierefreien Ausbau von Verkehrsanlagen, die Umsetzung von Konzepten und Maßnahmen gegen Vermüllung und Mikroplastik und die Erweiterung der Mängel-App um Gefahrenmeldungen. Erfolg und Wirksamkeit sollen kontinuierlich überprüft und weiterentwickelt werden. Sicherheit ist die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben.

Krisenvorsorge – Alle wichtigen Informationen aus einer Hand

Durch klimatische, geopolitische und gesellschaftliche Entwicklungen nehmen Krisen und Bedrohungen zu. Wir müssen den Bevölkerungsschutz ausbauen. Die Gemeinschaft muss widerstandsfähiger werden. In Krisensituationen ist das Informationsbedürfnis der Bürger besonders hoch. Es braucht einen Leitfaden, der im Krisenfall Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürgern Orientierung bietet und Anleitungen für die eigene Vorsorge beinhaltet. Salzgitter braucht Notfalltreffpunkte, die sogenannten Leuchttürme, als Anlaufstellen in den Stadtteilen, um Bürgerinnen und Bürger zum Beispiel bei einem längeren Stromausfall mit Infos und konkreten Hilfsangeboten zu versorgen.

Ehrenamt & Vereine - Ohne Euch geht es nicht

Vereine, gleich welcher Art, übernehmen eine wichtige soziale Aufgabe.

Die Förderung des Sports liegt uns besonders am Herzen, da über ihn der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Integration besonders gefördert wird. Der Erhalt und die Modernisierung der Sportstätten muss stärker durch die Kommune unterstützt werden. Dadurch haben die Vereine mehr Möglichkeiten, qualifizierte Übungsleitungen zu beschäftigen und die Mitgliedsbeiträge sozialverträglich zu gestalten.

Generell werden wir für Kultur- und Sportvereine die Benutzungsentgelte für städtische Anlagen und Einrichtungen überprüfen und gegebenenfalls abschaffen, denn Sport und Kultur halten unsere Gesellschaft zusammen und müssen allen offen stehen. Wir verfolgen eine angemessene finanzielle Förderung und Stärkung des Ehrenamtes und die Unterstützung der in unzähligen Vereinen, Kirchengemeinden, Hilfsorganisationen und Einzelprojekten tätigen Ehrenamtlichen. Bürgerinnen und Bürger übernehmen in vielen Bereichen Verantwortung. Ehrenamtlichen geht es ums Gestalten - um das gemeinsame konkrete Handeln. Es braucht mehr Unterstützung für diese engagierten Bürgerinnen und Bürger, die auf vielfältige Weise unsere Zivilgesellschaft stärken.



REDEN WIR DRÜBER!

Unsere Kandidat*innen für den Stadtrat



Wahlbereich A

- Claudia Bautz
- Heike Dähndel
- Nele Brinschwitz



Wahlbereich B

- Liam Süßemilch
- Christoph Müller



Wahlbereich C

- Jannik Lorengel
- Michael Dröse
- Patrick Kolzuniak



Wahlbereich D

- Birgit Bosch
- Reinhard Müller



Wahlbereich E

- Holger Dahms
- Jochen Gaßmann
- Dirk Clausen
- Paul Plock



Wahlbereich F

- Wolfgang Rosenthal
- Axel Meyer



REDEN WIR DRÜBER!

Unsere Kandidat*innen für die Ortsräte

Nord

- Nele Brinschwitz
- Jannik Lorengel
- Michael Dröse
- Claudia Bautz
- Patrick Kolzuniak
- Wolfgang Rosenthal
- Christoph Müller

Nordost

- Birgit Bosch
- Reinhard Müller
- Liam Süßemilch

Nordwest

- Heike Dähndel

Süd

- Axel Meyer
- Andreas Janke
- Felix Teubler

West

- Holger Dahms
- Dirk Clausen





Holger Dahms

Oberbürgermeister für Salzgitter



13.9.



V.i.S.d.P.:

**Nico Söhnel, Berliner Straße 18,
38226 Salzgitter für Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Salzgitter**

**TTPA: Politische Werbung Gesponsort von Bündnis 90/Die Grünen
Kreisverband Salzgitter anlässlich der Kommunalwahlen am 13.09.2026 in
Niedersachsen. Transparenzhinweis: <https://gruene-niedersachsen.de/ttpa/>**